

Dr. Michael Wolf, 1. März 2024

## Bericht zur Lage

Sehr geehrter Herr Bischof,  
liebe Mitglieder und Gäste des Diözesanrats,

aktuell sind wir auf gesellschaftlicher Ebene wieder einmal mit kriegerischen Ereignissen, Jahrestagen und politisch mit einem Trauerspiel konfrontiert. Die Weltlage ist nicht rosig, und dazu kommen natürlich auch, sozusagen als dritte Dimension, die aktuellen Vorgänge in der Kirche.

Lassen Sie mich aber vor der kirchlichen Binnensicht erst einmal einen leider nicht so kurzen Blick auf unsere Gesellschaft werfen.

Zwei Jahre ist es nun her, dass Russland die Ukraine angegriffen hat. Der Westen hat, mit wenigen unrühmlichen Ausnahmen, der Ukraine Hilfe zugesagt. Anfangs ist sie auch geleistet worden, lässt aber scheinbar immer weiter nach. Der US-Präsident sagte vor zwei Jahren, dass die Vereinigten Staaten die Ukraine unterstützen werden – „whatever it takes“, also „was auch immer gebraucht wird“. Heute spricht er nur noch von „whatever we can“ – „was wir leisten können“.

Ich bin der Meinung, dass wir hier in Deutschland die sich ändernde Weltlage zwar wahrgenommen, unser Planen und Handeln der Realität aber nicht angepasst haben. Wir leiden unter einer historisch falschen Einschätzung der Weltlage. Wir sind nicht mehr – nur – als Handelnder in fernen Ländern gefragt (ich erinnere hier an Peter Struck der 2002 sagte: „*Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt*“), sondern haben die Aufgabe unsere Gesellschaft an unseren bzw. den Bündnisgrenzen zu verteidigen. Das wird schmerzhaft werden, wenn erst einmal das Sondervermögen – welcher netter Ausdruck für Schulden – ausgegeben ist und die Kosten für unsere äußere Sicherheit aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden müssen.

Und bei den notwendigen Entscheidungen gibt unsere Regierung aktuell kein gutes Bild ab – aktuell? Eigentlich schon seitdem sie die Regierungsgeschäfte übernommen haben. Es kann doch nicht sein, dass hier drei Parteien mit zugegeben unterschiedlichen Schwerpunkten und Ansichten bei der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage nicht an einem Strang ziehen. Eigentlich scheint die Koalition für uns Wähler und unser Land eine gute Kombination: Soziale Ausrichtung gepaart mit einem ökologischen Bewusstsein zusammen mit wirtschaftlichem Sachverstand. Alles, was man zu brauchen glaubt, um gute Politik für die Menschen zu machen – mit gemeinsamer Steuerung, dass Entscheidungen keine Schmalspur-Entscheidungen, sondern mit Weitblick getroffen werden. Aber die interne Profilierung und Abgrenzung scheint ein vernünftiges Arbeiten nicht zuzulassen: Die Munitionsdepots der Bundeswehr sind leer und Ersatz wird zu spät bestellt, es gibt kontroverse Diskussionen über die Lieferung des Taurus Marschflugkörpers an die Ukraine, wir enthalten uns bei der Abstimmung über das europäische Lieferkettengesetz und das Wachstumschancengesetz wird innenpolitisch zerredet. Der Bundesrat als zweite Kammer des Parlaments lehnt es – wohl aus parteipolitischen Gründen – ab. So wird aus einem Paket ein Päckchen und der belebende Einfluss auf die Wirtschaft wird immer kleiner. Denn – bedenken wir – es ist nicht nur eine Frage steigender oder ausbleibender Unternehmensgewinne, es ist auch die Frage nach der Sicherheit

der Arbeitsplätze. Getrieben vom Fachkräftemangel trennen sich die Unternehmen aktuell – noch – nicht von ihrem Personal. Wenn aber die schwache Wirtschaft durchschlagen wird, dann ist das zu erwarten.

Was mir in der Politik aktuell fehlt – sowohl auf Seiten der Regierung als auch bei der Opposition – ist eine klare Zielbeschreibung wohin wir wollen und ein durchdachter Plan wie dieses Ziel erreicht werden kann, das Vermitteln von Vertrauen, ein „wir schaffen das“ Mindset, das Regierung, Bevölkerung und vielleicht sogar die Opposition mit ins gemeinsame Boot holt und eine gute Zukunft möglich macht.

Lassen Sie mich den Blick von der Politik in die Gesellschaft richten – zugegeben, nicht ganz frei von Politik: Gerade war der 4. Jahrestag des Attentats von Hanau. Neun Menschen mit Migrationshintergrund sind damals dem Attentäter zum Opfer gefallen. Zum Schluss erschoss er seine Mutter und sich selbst. Dem Attentäter war, nach eigener Aussage, die AfD nicht radikal genug. Dabei hetzen Teile der AfD aus meiner Sicht extrem gegen Mitbürger mit Migrationshintergrund.

Am 25. November 2023 haben sich Personen aus der AfD, der Werteunion, der Identitären Bewegung und anderen rechtsradikalen Gruppierungen in Potsdam getroffen, um einen Masterplan zu diskutieren, wie man „Zuwanderer loswerden könne“. Das ganze Setup erinnert mich frappierend an die Wannsee-Konferenz, bei der die *„Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung Europas zur Vernichtung in den Osten organisiert und die erforderliche Koordination sichergestellt“* werden sollte. In Potsdam wurde zwar nicht die Vernichtung, aber die Deportation – verbrämt unter dem Begriff „Remigration“ – besprochen. Auch im Dritten Reich geisterte eine Zeit lang die Idee herum, die jüdische Bevölkerung nach Madagaskar zu deportieren – wehret den Anfängen!

Martin Sellner, ein rechtsradikaler Österreicher, stellte dort seine Ideen den Teilnehmern vor. Laut seinen Aussagen ist es die Frage, *„ob wir als Volk im Abendland noch überleben oder nicht.“* Als nicht wünschenswert werden *„Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht – und nicht assimilierte Staatsbürger“* genannt.

Menschen, die nicht in das nationale Schema passen (wobei hier die Frage erlaubt sein muss, wer denn das Schema letztverbindlich festlegt), sollen des Landes verwiesen werden.

Das Grundrecht auf Asyl, das wir aufgrund unserer traurigen Geschichte mit den Erfahrungen des Nationalsozialismus als wichtiges Recht in unserem Grundgesetz verankert haben, zählt scheinbar nicht mehr. Dabei hat die Gewährung von Asyl einer Vielzahl von Deutschen, die nicht in das NS Schema gepasst haben, das Leben gerettet. Vergessen wir das nie – auch wenn wir vielleicht unter der Last von einer Million geflüchteter Ukrainer und 200.000 Personen aus anderen Herkunftsländern stöhnen.

Ausländer mit Bleiberecht des Landes zu verweisen, einfach weil sie aus einer ideologischen Sicht nicht dazugehören, ist nicht tragbar und ganz sicher nicht mit einem christlichen Menschenbild vereinbar. Das Bleiberecht bedeutet, dass nach einer Prüfung das Recht auf einen dauerhaften Verbleib in der Bundesrepublik – und damit auch der Europäischen Union – festgestellt wurde. Es gilt in diesem Fall die juristische Grundaussage des öffentlichen und privaten Vertragsrechts: *„pacta sunt servanda“* – Verträge müssen erfüllt werden. Dies zu missachten wäre ein eklatanter Rechtsbruch.

Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben, diese wieder abzuerkennen, damit man sie ausweisen kann, trägt meiner Ansicht nach klare Züge des Nationalsozialismus. Un-

gewollte, nicht angepasste Personen werden aus der „*Volksgemeinschaft entfernt*“ – dies forderte bereits das 25 Punkte Programm bei der Gründung der NSDAP im Jahr 1920 für die Juden. Das hatten wir schon einmal und dass darf nie wieder passieren.

Und noch etwas – würden wir unsere ausländischen Mitbürger hier des Landes verweisen, dann würde in so mancher Profession nichts mehr gehen. Mein Arbeitgeber beschäftigt eine nennenswerte Zahl ausländischer Mitarbeiter, die unsere Produktivität und Kreativität erhalten. Wir leben von den unterschiedlichen Lebenserfahrungen unserer Mitarbeiter. Wenn wir auf diese Kolleginnen und Kollegen verzichten müssten, könnten wir einige Aufträge nicht mehr abwickeln – mit sehr schädlichen Folgen für viele unserer Arbeitsplätze. Gleiches oder zumindest ähnliches gilt auch für andere Arbeitsfelder: Stellen Sie sich vor, die ausländischen Mitbürger würden nicht mehr in der Pflege und im medizinischen Umfeld arbeiten – eine Katastrophe. Vor zwei Jahren war ich wegen eines gebrochenen Sprunggelenks im Krankenhaus. Ein relevanter Teil der Ärzte, die mich behandelt haben, waren keine „Biodutschen“ – sie haben ihre Arbeit gut gemacht und ich kann nur Danke sagen, für die gute Behandlung, die offenen Ohren, das Einfühlungsvermögen und das Können – und all das hängt nicht vom Herkunftsland ab.

Kommen wir nochmal auf das Potsdamer Treffen zurück. Welches Menschenbild steht hinter einem solchen Treffen? Menschen erster und zweiter, vielleicht auch dritter Klasse? Unser Menschenbild ist im Artikel 1 des Grundgesetzes klar definiert: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“* Hier gibt es keine Einteilung in „Deutsch“ und „nicht Deutsch“. Jeder Mensch wird von unserer Verfassung geschützt.

Wenn sich Parteien gegen das Grundgesetz stellen, so steht für mich die Frage nach der Verfassungsfeindlichkeit im Raum. Eine Verfassung, die uns seit 1949 den Frieden erhalten hat, die in Deutschland und im Ausland respektiert wird. Sie atmet den Geist der Freiheit nach dem „3. Reich.“ Solche Angriffe auf die Grundrechte von einer Partei wie der AfD, die im Bundestag sitzt, die Geld vom Staat erhält, um politische Arbeit zum Wohl der Einwohner zu machen, sind nicht akzeptabel. Wenn ich auch der Meinung bin, dass die Kirche sich aus den Wahlkämpfen besser heraushalten sollte, bin ich dankbar für das Statement der Deutschen Bischofskonferenz, dass die AfD für Christen nicht wählbar ist.

Aber man muss nicht Mitglied der Bischofskonferenz sein, um das zu erkennen. Ich bin beeindruckt von den Demonstrationen gegen die AfD, davon, dass eine rote Linie gezogen wird. Ich bin dankbar, dass so viele Menschen für die Freiheit und Menschenwürde auf die Straße gehen. Dass eine Demonstration im München beendet werden muss, weil zu viele Menschen kommen, war für mich bislang nur schwer vorstellbar. Ich ziehe den Hut vor allen, die an den friedlichen, aber deutlichen Protesten teilgenommen haben.

Es liegt an uns, uns allen die demnächst ein Europäisches Parlament oder nächstes Jahr den neuen Bundestag wählen, an unserer Stimme, ob eine AfD Gewinne verzeichnet oder nicht. Mir persönlich ist egal welcher Partei Sie Ihre Stimme geben, solange Sie sie einer Partei geben, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Dafür bin ich bereit zu kämpfen.

Ich möchte an dieser Stelle den gesellschaftspolitischen Teil schließen – auch wenn da noch so viel zu sagen wäre – und den Blick auf uns, die katholische Kirche richten. Zunächst über-

greifend in Sachen Synodaler Ausschuss und dann nochmal auf unsere Diözese und den gerade laufenden Strategieprozess.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat getagt. In der Vorbereitung war noch eine Abstimmung über die Satzung des Synodalen Ausschusses vorgesehen. Kurz vor knapp kam dann eine Intervention aus Rom, die Abstimmung „bitte“ von der Tagesordnung zu streichen. Ich kann verstehen, dass man der Aufforderung aus Rom folgt, so ist man als guter Kleriker sozialisiert und auch die Bischofskonferenz hat ihre Fraktionen. Ob dieser Gehorsam wirklich sein muss oder nicht, kann ich aber von hier aus mit unzureichender Informationsbasis nur erahnen.

Aber, es gibt einiges zu bedenken:

- Der Synodale Weg wurde auf Einladung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) begonnen, um Fragen aufzuarbeiten, die sich aus der MHG-Studie über den sexuellen Missbrauch ergeben haben. Auslöser war also nicht eine „Unzufriedenheit der Katholiken“ mit den aktuellen Strukturen per se, sondern der Wunsch nach einer Ursachenforschung und sobald diese Ursachen identifiziert sind, einer adäquaten Reaktion. Bis auf ein paar Statements habe ich nicht den Eindruck, dass man sich in Rom der schwierigen Situation bewusst ist, in die uns der Missbrauch geführt hat. Reines Mitgefühl und die eine oder andere Kirchenstrafe ist meiner Meinung nach kein ausreichendes Handeln gegen den Missbrauch. Und es nimmt kein Ende mit den Missbrauchsvorwürfen – weltweit. Innerhalb einer Woche im Februar wurde *„in Australien ein vorzeitig emeritierter Bischof unter dem Vorwurf sexueller Nötigung und Vergewaltigung in seiner Zeit als amtierender Bischof verhaftet, trat in Polen ein Bischof wegen anhaltender Vertuschungsvorwürfe zurück, ploppte in Rom der Skandal um den mutmaßlichen jesuitischen Serientäter Marko Rupnik mit Wucht neu auf“* (katholisch.de).
- Der Vatikan opponiert gegen die Einführung eines Synodalen Rates und als Wegbereiter eines Synodalen Ausschusses, *„weil er ihn im Gegensatz zur sakramentalen Amtsstruktur der Kirche sieht.“* (katholisch.de). Aber: Unsere Strukturen sind über Jahrhunderte gewachsen. Wesentliche Teile unserer Kirchenstruktur gehen auf die Integration des Christentums in das Römische Reich zurück. Es gibt daher aus meiner Sicht kein „richtig“ oder „falsch,“ sondern ein Konstrukt, das aus menschlichen Bedürfnissen und einfacher Übernahme weltlicher Gegebenheiten heraus entstanden ist. Vielleicht war an der einen oder anderen Stelle der Heilige Geist beteiligt, aber an vielen anderen waren es eher menschliche Wünsche, die den Ausschlag gegeben haben. So wie sich die monarchische Struktur der Kirche entwickelt hat, so kann sie sich auch an heutige Bedürfnisse anpassen. In der Kirchenstruktur ist fast nichts für die Ewigkeit gemacht.
- Wir sind heute anders sozialisiert als es unsere Altvorderen in der Vergangenheit waren. Ja, die Kirche hat sich in der Vergangenheit gegen die Demokratie ausgesprochen, heute spricht sie für die Demokratie – zumindest auf der weltlichen Ebene, wenn die Leitungsbefugnisse ihrer „Leitenden Mitarbeiter“ nicht angetastet werden. Wir sind heute selbstbewusster und auch besser ausgebildet als früher. Könige sind als Repräsentanten der Staatsmacht wohlgekommen – schauen wir auf das touristisch sehr erfolgreiche englische Königshaus – aber im politischen Geschäft ist ihr Einfluss bestenfalls moralisch. Hier fordern wir Nicht-Kleriker klar Mitsprache und Mitentscheidungsrechte ein.

Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung zeigt, dass „65 Prozent der evangelischen und 73 Prozent der katholischen Kirchenmitglieder einen Kirchenaustritt erwägen“ (<https://kmu.ekd.de/kmu-themen/vertrauen>). Eine unglaubliche Zahl – fast drei Viertel der gesamten Christen in Deutschland. Während evangelische Christen eher austreten, weil ihnen die Themen Religion und Kirche gleichgültig geworden sind, sagen katholische Christen, dass ihr Austrittsgrund im Bereich „Wut und Enttäuschung“ zu finden ist. Zugleich sagen 82 % der Katholiken, die mit einem Austritt liebäugeln, dass sie „nicht austreten würden, wenn die Kirche deutlicher bekennen würde, wie viel Schuld sie auf sich geladen hat“. 77 % führen die fehlende Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Kirche an und 71 % fordern eine radikale Reform. Nur 24 % sagen, wenn man da „nur“ sagen kann, dass die Kirche machen kann, was sie will und sie trotzdem austreten werden.

Allein diese Zahlen zeigen aus meiner Sicht die Stimmung in Deutschland – auch wenn man es sicherlich mit Churchill und seinen Statistiken halten kann. Warum der Vatikan dies nicht sehen will – und vermutlich wird die Situation in den Nachbarländern sehr ähnlich sein – ist mir unklar. Ist das Klammern an Liebgewonnenes? Echte Überzeugung, dass die Kirchenstruktur für die Ewigkeit geschaffen ist? Angst vor einem Macht- und Reputationsverlust oder einfach „Rechthaberei“ wie der päpstliche Hausprediger Kardinal Raniero Cantalamessa in einer Fastenpredigt so treffend ausgeführt hat? Auch wenn wir das in der Kirche nicht überall wahrhaben wollen – wir leben in einer pluralen Gesellschaft und wir müssen einander ertragen, ob wir wollen oder nicht. Mit einem einfachen „basta“ werden wir uns nicht abspesen lassen – dazu ist uns die katholische Kirche zu wichtig. Ich hoffe, dass sich niemand wünscht, dass wir Landeskirchen mit eigener Verfassung unabhängig von Rom bekommen, die bestenfalls lose zusammenarbeiten. Nein, das kann nicht das Ziel sein und ist nicht das Ziel. Trotzdem muss überlegt werden, wie den regionalen Eigenheiten in der katholischen Kirche Rechnung getragen werden kann. Kleriker und Nichtkleriker sollten sich auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam an unserer Kirche bauen. Eine Einladung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) nach Rom wäre da sicherlich ein erstes gutes Zeichen, um eine Begegnung erst einmal möglich zu machen. Denn aus meiner Sicht ist das Zeitalter des „guten Hirten“ und seiner „Schafe“ vorbei. Der Hirt alleine entscheidet, wohin die Herde geht. Ich habe es an anderer Stelle schon gesagt: Dieser Vergleich von „Hirt und Herde“ für das Verhältnis zwischen Klerikern und Nichtklerikern stört mich gewaltig. Üblicherweise hat der Hirt nur den Auftrag sich um die Herde zu kümmern. Und dahinter steht nicht alleine der Grund, dass es jedem Tier der Herde gut gehen soll, sondern weil der Eigentümer der Herde wirtschaftliche Ziele verfolgt. Die bestehen bei Schafen mindestens mal im Scheren und dem Verkauf der Wolle oder sogar dem Schlachten der Tiere. Es wird also Zeit, dass wir uns von dem Bild des Hirten und der Hirtensorge trennen und das Kind bei seinen richtigen Namen nennen. Wir sprechen hier über die Führung und Führungsprozesse der Kirche auf allen Ebenen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nach so viel Kritik aber auch einmal Danke sagen: Danke Bischof Franz, dass Sie sich für den Synodalen Ausschuss und den Synodalen Rat so klar einsetzen, auch gegen den Widerstand einiger Ihrer Mitbrüder. Was wir tun können, um Sie dabei zu unterstützen werden wir mit Freude tun!

Und zum Schluss noch ein kleiner Ausflug in den aktuell laufenden Strategieprozess der Diözese.

Ich habe in den letzten Wochen mit etlichen Personen aus der Diözese über unseren Strategieprozess gesprochen. Es gibt Zustimmung und Ablehnung – wie in einem solchen Prozess zu erwarten ist – allen kann man es nie recht machen. Allerdings ist mir nach Kritik aufgefal-

len, dass wir den Text in einer Endredaktion nochmals auf seinen kirchlichen Charakter überprüfen sollten. Vielleicht müssen wir an der einen oder anderen Stelle nochmal nachdenken und um die Hilfe des Heiligen Geistes bitten um klar zu machen, dass wir Kirche sind, die sich aber neu und zukunftsicher aufstellen will. Das ist aber eine Aufgabe des Redaktionsteams, die bestimmt berücksichtigt wird.

Der andere wesentliche Punkt ist die Verteilung der Mittel, der Teil des Strategiepapiers ist. Hier war die Vorgabe, mit einem um 18 % reduzierten Mittelansatz zu arbeiten. Diese Zahl basiert auf den erwarteten – prognostizierten – Erlösen aus Kirchensteuer und anderen Aktivitäten der Diözese. Dies ist eine sinnvolle Vorgabe des Diözesansteuerausschusses, die für das Jahr 2030 zu erreichen ist. Wie jede Prognose ist sie aber unsicher – es können 20 % sein, die wir einsparen müssen, wenn wir Glück haben, vielleicht aber auch nur 15 %.

Was kritischer für das Verständnis des Strategiepapiers ist, ist die Verteilung der Mittel auf Handlungsfelder. Die Zahlen, die im Papier stehen sind – sagen wir es euphemistisch – empirisch ermittelt. Sie basieren nicht auf einer fundierten Planung und spiegeln bestenfalls Tendenzen in der Strategiegruppe wider. Lassen Sie sich nicht von den Werten und insbesondere der scheinbaren Genauigkeit dieser Werte beeindrucken. Auf Basis der formulierten strategischen Ziele muss erst noch eine auf einer echten wirtschaftlichen Vorgehensweise, die dann auch Personal und Kostenentwicklung berücksichtigt, belastbare und verbindliche Planung entstehen, die dann umgesetzt werden kann. Und das Jahr für Jahr erneut, beginnend mit 2025 bis hin zu 2030.

Und die Planung für das nächste Jahr 2025 wird ein Schritt hin zur Einsparung der notwendigen Mittel sein, nicht aber der Endpunkt mit den anfangs genannten 18 % Mittelreduktion. Und in der Umsetzung der Strategie wird es sicherlich zu Abstimmungen zwischen den Aufgabenfeldern – die nicht deckungsgleich mit der Struktur des Ordinariats sind – kommen. Und alles in allem hat Karl Valentin wieder mal recht: „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen“ – aber keine Prognosen zu machen und sich nicht den Anforderungen der kommenden Jahre zu stellen ist keine Option – das wäre die Augen vor der Realität zu verschließen und wissentlich die Diözese gegen die Wand, also in die Insolvenz zu fahren. Und schlussendlich sollte man auch Moltkes Erkenntnis *„Kein Operationsplan reicht mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus“* berücksichtigen: Wir planen und müssen die Planung dann an die aktuellen Gegebenheiten anpassen. Dass Planwirtschaft nicht wirklich funktioniert, haben wir in 40 Jahren deutscher Geschichte wohl hieb- und stichfest nachgewiesen.

Auch wenn Karl Valentin sagt, dass die Zukunft früher auch mal besser war, glaube ich, dass wir eine gute Zukunft vor uns haben. Vieles wird sich ändern, hoffentlich vieles zum Besseren, vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch zum Schlechteren – nobody is perfect. Aber: Gestalten wir die Zukunft gemeinsam proaktiv. Arbeiten wir gemeinsam an unserer Kirche und unserer Gesellschaft. Beide sind unseres Einsatzes wert!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.